

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Haus- und Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten, Postträger und Wechselstellen werden nach Möglichkeit bezogen. Im Krieg oder sonstiger Notlage überträgt sich der Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. — Abkündigung einseitigster Eingeschickte erfolgt nur, wenn Verzug besteht.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Zeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfeilige, die 2 gespaltene Zeile im fertigen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfeilige. Wortlänge und Platzvorschriften berücksichtigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Annehmlichkeiten: durch Fernruf übermitteln können, mit keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch ist nur, wenn der Antrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 260 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postbez.: Dresden 2640      Sonnabend, den 5. November 1932

## Der 6. November.

Das große Rätselraten — Ein Drehpunkt des Wahlkampfes — Willensbildung für die Zukunft.

Auf eine derart kurze Frist wie diesmal war keiner der fünf Wahlkämpfe des Jahres 1932 zusammengedrückt. Man kann auch wohl hinzufügen, daß die Wahlpropaganda deutliche Zeichen der Ermüdung und der Ermattung gezeigt hat, und zwar sowohl auf jener Seite, die diese Propaganda ausübte, wie die andere, die umworben wurde. Und doch fehlte es dem diesmaligen Wahlkampf nicht ganz an originellen Zügen. Am charakteristischsten ist vielleicht die Tatsache, daß sich diesmal die Regierung ganz grundsätzlich dem Wahlkampf überhaupt fernhielt. Sie ließ die Angriffe der Parteien, soweit diese in Opposition zu dem Kabinett Papen stehen, ohne eine direkte Gegenwehr über sich ergehen, geschweige denn, daß sie Gegenangriffe unternahm. Sie schied sich in allen nur denkbaren Fragen während der Wahlpropaganda aus, und zwar so intensiv, wie es sich eigentlich ihre Angreifer nur wünschen konnten. Das aber lag und liegt in der bisherigen politischen Linie des Kabinetts Papen, das es ja als „Präsidential-Regierung“ bewußt ablehnt, und konsequenterweise auch ablehnen muß, im Wahlkampf auf der gleichen Ebene mit den Parteien oder gegen sie zu kämpfen. Sie betrachtet sich vielmehr als außerhalb dieses Kampfes stehend, überläßt ihn ganz und gar den Parteien. Denn sie erklärt ja oft und immer wieder ausdrücklich, daß ihr Recht und ihr Dasein aufgebaut ist allein auf dem Vertrauen des Reichspräsidenten, nicht aber auf die Zustimmung des Reichstages, auch nicht des künftigen. Trotz dieser Haltung des Kabinetts gegenüber dem Reichstag im allgemeinen und den Neuwahlen im besonderen hat das große Rätselraten um die Ergebnisse des 6. November doch wieder die übliche Begeisterung des Wahlkampfes abgegeben, doch war ein Prophezeien diesmal womöglich mit noch größeren Unsicherheiten behaftet als sonst. Daß jede Partei sich für diesen Kampf bereits im voraus zum Sieger erklärt, ist ja selbstverständlich; denn irgendwelche Beforscher zu zeigen, welche massenpsychologisch eine bemerkenswerte Ahnungslosigkeit entwickeln. Immer noch wird, wer sich selbst aufgibt, auch von den anderen aufgegeben. Jene Siegesfeier beweist also recht wenig; wohl aber gibt es mehr zu denken, daß der Staatsbürger zum fünftenmal den Gang zur Wahlurne antreten soll. Rücksicht auf die Wahlbeteiligung nun etwa aus den Erfolgen oder Misserfolgen im Wahlkampf selbst zu machen, ist wegen dessen Kürze als zu mißlich, und so bleibt als große Unbekannte auch diesmal wieder die Frage, ob überhaupt oder wie sehr die Wahlmündigkeit Einfluss auf das Ergebnis des 6. November haben wird.

Die Aktivität, die ohne Rücksicht auf die Wahlen vom Kabinett Papen entwickelt wurde, reicht naturgemäß aber nicht aus, um am Wahltag nun dem Wähler eine unmittelbare Anschauung, eine direkt und auffallend sichtbare Illustration dafür zu geben, ob dem „Papen-Plan“ ein Erfolg oder ein Misserfolg beschieden ist. Dieses Programm bildet zwar einen wichtigen Drehpunkt des Wahlkampfes überhaupt, ist aber heute vorerst noch in den Anfängen seiner praktischen Durchführung. Ist doch erst am 1. November dem Kernstück dieses Planes Form und Wirklichkeit verliehen worden, nämlich der Verwertung der Steuergutscheine als Kreditunterlage am 1. November erfolgte ihre Vorführen, und ihr Einführungsstufung mußte schon deswegen hoch sein, weil das Verkaufsangebot an diesen Steuergutscheinen recht gering gewesen ist. Das kann man verstehen, denn diese Steuergutscheine stellen ja eine ganz neuartige Erscheinung unter den börsengängigen Werten dar. Jener glückliche Start hat nun aber recht erfreuliche Folgen gezeigt. Schon um das Angebot zu vergrößern, dann aber auch, um nun den Zweck der Schaffung dieser Steuergutscheine schneller zu erreichen, kommt es jetzt darauf an, die Mündigkeit ihrer Verwertung zu verbessern, sei es ihres Verkaufs, sei es ihrer Verleibung. Jener Einführungsstufung schuf nun auch gerade hierfür die kalkulatorische Sicherheit, weil man jetzt am Vorkurs erfuhr, wie hoch die Steuergutscheine zu bewerten sind. Infolgedessen zeigte sich nun auch die Reichsbank geneigter, die Verwertungsmöglichkeit für die Gutscheine auszuweiten, außerdem sollen auch die Sparkassen mitwirken. Das ist von besonderer Wichtigkeit für die Käufer oder Empfänger der kleineren Steuergutscheine, also für umfangreiche Teile des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes. Für die Steuergutscheine aus diesen Kreisen dürften die Sparkassen eine Art Sammelbehälter darstellen, in denen die Gutscheine zusammenfließen und damit die börsengängige Höhe — 500 Mark — leicht erreichen. Hoffentlich werden auch die Genossenschaftsbanken ebenfalls diesem Zweck der Verwertung von Steuergutscheinen aus dem Mittelstande dienen. Aber — das alles verlangt für seine Durchführung einige Zeit und damit auch einige Geduld. Solche Geduld in den Wahlzeiten zu verlangen, ist an sich schon eine undankbare Aufgabe! Um wieviel mehr aber im heutigen Deutschland, das aus verständlichen Gründen das geduldige Abwarten fast verlernt hat!

## Des Reichskanzlers Appell zur Wahl.

Reichskanzler von Papen hielt im Rundfunk eine Ansprache, in der er ausführte:

Der Wahlkampf nähert sich dem Ende. Da ist es Aufgabe des verantwortlichen Staatsmannes, dem deutschen Volke noch einmal ein klares Bild der Lage und seiner Zukunft zu geben. Letzte Trauer muß die Brust jedes Patrioten erfüllen, wenn er die geistige Zerrissenheit seines Volkes sieht — tiefe Trauer, wenn er sieht, wie Haß und Verleumdung, Lüge und Ehrabschneidung diese Furche durch die deutsche Volkseele ziehen — und das alles in einem Augenblick, wo nationale Sammlung höchstes Gebot patriotischer und wirtschaftlicher Klugheit sein sollte.

Um was geht der Streit? Er geht um die Herstellung einer neuen Staatsführung, einer Staatsführung des Zusammenwirkens eines arbeitsfähigen Parlamentes mit einer autoritären Regierung. Da ist es freilich nicht verwunderlich, daß

die Parteibürokratie, die bis heute geherrscht hat, sich aufbäumt und einen Kampf aller gegen alle inszeniert. Sie alle kennen diese Parteibürokratie zu gut, als daß ich Ihnen ihre Methoden, ihre Intrigen, ihre Einflüsse, ihre politische Unfruchtbarkeit heute noch einmal zu schildern brauchte.

Wie hatten wir seinerzeit den Kampfruf Hitler's: „Gegen den Marxismus und für die nationale Erneuerung“ begrüßt. Wie hatten wir gehofft, daß er die der bolschewistischen Lehre verfallene Arbeiterschaft der nationalen Sammlung zuführen sollte. Inbes sein Einbruch in die Reihen der roten Front ist leider nur gering geblieben, und das ist sicherlich nicht die Schuld dieser Regierung, die ihm und seinen Propagandamethoden zum letzten Wahlkampf und heute so freie Hand wie nur möglich gelassen hat. Aber es ist nicht verwunderlich, daß Herr Hitler in jenen Reihen keine Eroberungen macht, wenn er für die nationale Sammlung die gleichen Methoden des Klassenkampfes, der Verleumdung und Verhetzung anwendet, in denen jene ihm weit überlegen sind.

Das große Ziel, das die Reichsregierung verfolgt: die Beschaffung von Arbeit und Brot. Ist das Programm gescheitert? Im Gegenteil, aus allen Orten des Reiches meldet man Velebung der Wirtschaft. Das Programm arbeitet, und wenn diese Verlebung der letzten Wochen nicht einen Teil des Vertrauens zu der Vernunft des deutschen Volkes zu erschüttern droht hätte, dann wären wir heute schon viel weiter.

Wenn sich Herr Hitler in den gemeinsamen Zug mit dem großen nationalen Deutschland setzen will, dann darf er auch nicht die Ehrgeizlosigkeit besitzen, die Stellung der um die Gleichberechtigung und Wehrhoheit der Nation kämpfenden Regierung durch einen

Dolchstoß in den Rücken zu schwächen. — Will eigentlich die nationalsozialistische Bewegung die Vormundschaft der Parteien über die Reichs- und Staatsführung abschaffen, oder will sie sie verewigen? Fast scheint das letztere der Fall. Denn vor dem 13. August hat sie uns in ihrer Presse aufgefordert, in Preußen Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Heute aber findet sie, daß das Eingreifen in Preußen unbedeutend war, beschließt mit den Kommunisten, daß die preussischen Beamten nicht zum Gehorsam gegen uns verpflichtet seien, und setzt das Parlament zum Schiedsrichter über die Geschichte der Nation ein. Wo ist da Wahrheit, Klarheit? Um was es geht, ist dieses: Nicht auf dieser oder jener Parteiführer auf dem Kanzlerstuhl sitzt, nicht ob dieser Mann Hitler, Brüning oder Papen heißt. Es geht darum, daß wir uns zusammenfinden, um die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu sichern. Der Kampf, den diese Regierung führt, hat nichts im Auge als

die Not der Familie

Wenn der 6. November nun zum fünftenmal in diesem Jahr der Tag ist, an dem die Kräfteverteilung politischer Art innerhalb des deutschen Volkes, genauer gesagt: innerhalb der Wählermassen festgestellt wird, so folgt doch darauf der 7. November und die nächsten Tage, Wochen, Monate. Die Zukunft also! Heute läßt es sich infolgedessen noch gar nicht sagen, welche Kräftezusammenballungen dann an die Stelle der Kräfteverteilungen treten werden. Zweifellos werden sie den politischen Hintergrund abgeben für all das, was nun politisch, wirtschaftlich, sozial usw. voru auf der Bühne vor sich geht. Auch wenn der Kampf jetzt nicht bloß um das Parlament gegangen ist, sondern in mancher Beziehung auch gegen das Parlament, so bleibt trotz allem immer noch jener Hintergrund als die Form, die durch die Willensbildung des deutschen Volkes geschaffen worden ist. Dr. Pr.

in Stadt und Land, an deren kargem kümmerliche Hunger und Verzweiflung zu Gasten sitzen. Unser Amt ist wahrlich keine Herrschaft irgendeiner Klasse.

Diese Regierung vertritt keine Partei, und sie wehrt für keine Partei. Aber jeder, der es ehrlich mit Deutschland meint, sollte in diesem Wahlkampf seine Stimme einer Partei geben, die das Ziel dieser Regierung unterstützt.

Unsere Arbeit spricht für uns. Man kann nicht in fünf Monaten sechs Millionen Arbeitslose von der Straße bringen und Reformen durchführen, auf die das Volk seit Jahren wartet. Aber überall ist der Anfang gemacht, die Resultate der Parteibereitschaft zu befechtigen. In Preußen ist mit eiserner Hand zugegriffen, und durch rigorose Sparmaßnahmen in der Verwaltung oben und unten die unerträglichen Lasten zu senken. Für die Landwirtschaft und die Gesundung des Binnenmarktes sind Milliarden aufgewendet. Das gesamte Finanz- und Wirtschaftsprogramm ist ein Beweis eigener Kraft — nicht um einen Pfennig sind unsere Auslandsschulden vermehrt. All diese Arbeit soll gekrönt werden durch die Reform der Verfassung, die wir mit den Vätern und den Parlamenten durchzuführen hoffen.

Diese Erneuerung muß unser Ziel sein, wenn wir am 6. November wählen.

Deutschland ist nur zu retten, wenn alle wieder von dem Geiste der Gemeinschaft und Hilfsbereitschaft erfüllt sind, der einst im Schötengraben den Geheimratssohn und den Lauerntuch zur Kameradschaft auf Tod und Leben verband. Wollen wir nicht endlich gemeinsam am Aufbau der Nation arbeiten?

Wollen wir nicht endlich die „Durchbruchschlacht deutscher Selbstbestimmung“ schlagen? Das ist die Schicksalsfrage, die ich vor allem auch an die große nationale Freiheitsbewegung Deutschlands richte.

Lacht uns an unsere Christenpflicht erinnern und an den tiefen Sinn des Opfers der zwei Millionen unserer besten Söhne. Wer Deutschland liebt, der folge dem Rufe seines geliebten Führers in Krieg und Frieden, der wie ein Wahrzeichen seine schützende und gerechte Hand über unser Land hält.

Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

## Das Volk und die Parteien.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler. Reichskanzler von Papen gewährte dem Berliner Sonderberichterstatter des französischen Blattes „Excelsior“ eine Unterredung. Der Reichskanzler wies einleitend darauf hin, daß er aus Überzeugung Optimist sei. „Wenn ich nicht die feste Hoffnung hätte, mich meiner Aufgabe zu entledigen, so würde ich keinen Augenblick mehr an diesem Plage verweilen.“ Man wunderte sich oft darüber, daß er des Sonntags auf den Rennplätzen zu sehen sei. Er nehme aber für sich das Recht in Anspruch, nach täglich 12- bis 14stündiger Arbeit ein bis zwei Stunden ausspannen zu dürfen.

Die Parteien seien das Unglück Deutschlands gewesen, denn durch unaufrichtigen Handel und durch die Neigung zur Theorie hätten sie das Parteiinteresse über das Staatsinteresse gestellt.

Das Volk hingegen sei gesünder als die Parteien. Wenn es trotzdem für die eine oder andere Partei gestimmt habe, so sei dies in Ermangelung eines Besseren geschehen. Man werfe der Regierung vor, zu sein zu sein, um die Verbindung mit dem Volke aufzunehmen. Alles dieses sei jedoch nur Parteigerede. Das Volk sei anderer Ansicht. Es habe leider nur keine Presse.

Der Reichskanzler ging sodann auf die Frage der Gleichberechtigung ein, die er folgendermaßen umschrieb: „Wir verlangen das Recht, das gleiche zu tun wie die anderen Mächte, das Recht, uns zu setzen, wenn die anderen sitzen, oder sitzen-zubleiben, wenn es uns paßt, die Gewißheit, nicht nur geduldet, sondern aufgenommen zu sein und Stimmrecht zu haben. Außerdem hat Deutschland ein Recht auf die

## Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Niemand darf am Sonntag an der Wahlurne fehlen! Wer nicht wählt, begibt sich seines vornehmsten Staatsbürgerrechtes und hat darum hinterher kein Recht zur Kritik!

Darum wähle!